

Frau Ruland erläuterte den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

CDU- und FDP-Fraktion sprachen sich gegen den Antrag aus.

Herr Rauchalles wies auf die Versäumnisse auf Landesebene in den letzten Jahrzehnten hin. Das Gesetz stehe noch in den Anfängen und Auswirkungen seien im Detail noch nicht bekannt. Auch im Bereich der Finanzierung würden noch Überlegungen angestellt. Der Landtag werde nach seiner Überzeugung nach Anhörung aller Beteiligten ein vernünftiges Gesetz auf den Weg bringen. Einer Stellungnahme des Rates bedürfe es daher nicht. Daher werde die CDU-Fraktion gegen den Antrag stimmen. Die CDU-Fraktion werde sich jedoch dafür stark machen, dass keine Einrichtung in Sankt Augustin auf der Strecke bleibe.

Herr Kammel ergänzte, dass es sich um ein Gesetz im Entwurfsstadium handele, das noch grundlegend überarbeitet werde. Er erachte daher den Beschluss über eine Resolution als wenig hilfreich.

Herr Schröer führte aus, dass im föderalen System jeder auf seiner Ebene Entscheidungen zu finden und treffen habe. Im vorliegenden Fall liege diese Kompetenz nicht beim Rat der Stadt Sankt Augustin sondern auf Landesebene.

Vor dem Hintergrund der geplanten Landesausgaben in 2007 und 2008 könne nach Auffassung von Herrn Dr. Büsse zudem nicht von Kosteneinsparungen ausgegangen werden. Die politisch Verantwortlichen seien in Bezug auf die noch vorzunehmenden Änderungen im Gesetzentwurf im Dialog.

Herr Knülle vertrat die Auffassung, es sei wichtig bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Meinung abzugeben. Auch in den Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebundes werde sich parteiübergreifend gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen.

Frau Günther machte auf die Ängste der Eltern aufmerksam. Diese befürchteten, dass die Arbeitsqualität der Kindergärten nicht mehr erhalten werden könne. Sogar Schließungen könnten nicht ausgeschlossen werden.

Anschließend beantragte Herr Metz zur Geschäftsordnung das Ende der Debatte und Abstimmung. Alle wesentliche Argumente seien ausgetauscht.

Da keine Gegenrede erhoben wurde, ließ der Bürgermeister über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen: